

Inhaltsverzeichnis

Kapitel I Betriebliche Altersversorgung (Bianca Hövelmann)

	Seite
1 Historie	1
1.1 Anfänge im 19. Jahrhundert	1
1.2 Schaffung des BetrAVG und folgende Reformen	2
1.3 Das Betriebsrentenstärkungsgesetz (BRSg)	2
2 Begriff der betrieblichen Altersversorgung	3
2.1 Arbeitnehmer	4
2.2 Leistungen der Alters-, Invaliditäts- und Hinterbliebenenversorgung . .	8
2.3 Zusage vom Arbeitgeber aus Anlass des Arbeitsverhältnisses	9
2.4 Abgrenzung zu anderen Arbeitgeber-Leistungen	11
3 Deckungsmittel	12
4 Verbreitung in Deutschland	13
5 Sozialpolitische Bedeutung	15
5.1 Vorteile der betrieblichen Altersversorgung	15
5.2 Fördermaßnahmen durch das BRSg	16

Kapitel II Begründung der Versorgungszusage (Rechtsbegründungsakte) (Matthias Ginkel)

1 Allgemeines	26
2 Individualrechtliche Versorgungszusagen	27
2.1 Einzelzusage	28
2.2 Gesamtzusage	29
2.3 Vertragliche Einheitsregelung	32
2.4 Betriebliche Übung	32
2.5 Gleichbehandlungsgrundsatz	37
3 Kollektivrechtliche Rechtsbegründungsakte	41
3.1 Betriebsvereinbarung	41
3.2 Tarifvertrag	44
4 Besonderheiten im Konzern	46
5 Kollision mehrerer Rechtsbegründungsakte	47
5.1 Günstigkeitsprinzip	47
5.2 Tarifkollision	48
5.3 Zeitkollisionsregel	49

Kapitel III
Zusageformen
(Bianca Hövelmann)

	Seite
1 Zusageformen und Durchführungswege	50
2 Beitragsorientierte Leistungszusage	52
3 Beitragszusage mit Mindestleistung	52
4 Unterschiede beitragsorientierte Leistungszusage/Beitragszusage mit Mindestleistung	53
4.1 Beitragsgarantie in der betrieblichen Altersversorgung	53
4.2 Anpassungsprüfung	55
5 Reine Beitragszusage	56
5.1 Tarifvertrag	56
5.2 Laufende Leistungen	57
5.3 Keine Subsidiärhaftung	57
5.4 Durchführungswege	57
5.5 Garantieverbot	58
5.6 Beteiligung an Durchführung und Steuerung	58
5.7 Gesonderter Anlagestock bzw. Sicherungsvermögen	59
5.8 Sicherungsbetrag	59
5.9 Kapitalanlage	60
5.10 Anpassung von Leistungen	60
5.11 Portierung	60
5.12 Vorteile der reinen Beitragszusage	61
6 Entgeltumwandlung	62
6.1 Voraussetzungen	62
6.2 Rechtsanspruch und Arbeitgeberzuschuss	63
6.3 Praxistipp: Die Entgeltumwandlungsvereinbarung	63
6.4 Verteilung der Finanzierungsformen	64
7 Umfassungszusage	65

Kapitel IV
Die Möglichkeit zur Erteilung einer reinen Beitragszusage
nach § 1 Abs. 2 Nr. 2a BetrAVG im privaten Bankgewerbe
aufgrund des TV Altersversorgung vom 1.12.2023
(Dr. Jens Thau)

1 Einführung	68
2 Struktur des Modells der reinen Beitragszusage im Bankgewerbe	70
2.1 Reine Beitragszusage: Überblick	70
2.2 Durchführungsmodelle im privaten Bankgewerbe: Modelle Chance und Sicherheit	72

	Seite
3 Die Einführung der reinen Beitragszusage im Betrieb	75
3.1 Welche Arbeitgeber können das Modell nutzen: Geltungsbereich des Tarifvertrages	75
3.2 Grundlage: Betriebsvereinbarung	78
3.3 Einbeziehung der Arbeitnehmenden	78
3.4 Beiträge	80
4 Die Beteiligung der Sozialpartner	84
4.1 Der Sozialpartnerbeirat, § 7 TV Altersversorgung	84
4.2 Die Zusammenarbeit zwischen Sozialpartnerbeirat und Versorgungsträger, § 8 TV Altersversorgung	85
5 Fazit und Ausblick	86

Kapitel V
Gestaltung von Versorgungswerken
(Dr. Sebastian Kroll, LL.M.)

1 Versorgungswerke	88
2 Geltungsbereich	90
2.1 Betriebliche, unternehmens- oder konzernweite Teilhabe	90
2.2 Persönliche Teilnahmeberechtigung	91
2.3 Befristet beschäftigte Arbeitnehmer	91
2.4 Leitende Angestellte	92
2.5 Geschäftsführer	93
2.6 Personen- und funktionsbezogene Differenzierungen	94
2.7 Neu eintretende Arbeitnehmer	95
3 Zusageart und Durchführungsweg	96
4 Leistungsvoraussetzungen	96
4.1 Allgemeine Leistungsvoraussetzungen	96
4.2 Besondere Leistungsvoraussetzungen	98
5 Ausschluss und Leistungsbeschränkungen	100
5.1 Mindestehedauerklausel	101
5.2 Spätehe- und andere Klauseln	102
5.3 Altersabstandsklauseln	103
5.4 Getrenntlebend- und Wiederverheiratungsklauseln	103
6 Ruhenszeiten	104
7 Entgelt und ruhegeld- bzw. versorgungsleistungsfähiges Einkommen	105
8 Wechsel des Arbeitsverhältnisses	107
9 Insolvenzsicherung	108
10 Widerrufs- und Kürzungsmöglichkeiten	108
11 Anrechnung bei kollidierenden Bezügen und Versorgungsleistungen	109
12 Härtefallklauseln	110

Kapitel VI
Durchführungswege der betrieblichen Altersversorgung
(Andreas Hofelich)

	Seite
1 Überblick	113
2 Differenzierung zwischen unmittelbarer und mittelbarer Durchführung	113
3 Unmittelbare Versorgungszusagen (Direktzusagen)	115
3.1 Grundlagen	115
3.2 Steuerliche und handelsbilanzielle Behandlung beim Arbeitgeber	116
4 Mittelbare Durchführungswege	121
4.1 Direktversicherung	121
4.2 Pensionskasse	126
4.3 Unterstützungskasse	130
4.4 Pensionsfonds	135
5 Einstandspflicht des Arbeitgebers	138
5.1 Grundregeln der Einstandspflicht	139
5.2 Wann droht eine Einstandspflicht?	140
6 Zusammenfassung der Gemeinsamkeiten und Unterschiede der einzelnen Durchführungswege	142
6.1 Bedeutung des Durchführungsweges für Haftung und Bilanz	142
6.2 Insolvenzsicherungspflicht über den PSV a.G.	143
6.3 Lohnsteuerrechtliche Behandlung	144
6.4 Relevanz für den Anspruch des Arbeitnehmers und die Finanzierung seiner Versorgungszusage (nur mittelbare Durchführungswege)	146
6.5 Relevanz für die Subsidiärhaftung des Arbeitgebers (nur mittelbare Durchführungswege)	146

Kapitel VII
Anspruchsvoraussetzungen
(Dr. Michael Rein)

1 Vorliegen eines gesetzlich anerkannten Versorgungszwecks: Alters-, Invaliditäts- und Hinterbliebenenleistungen	147
1.1 Altersleistungen	148
1.2 Invaliditätsleistungen	151
1.3 Hinterbliebenenleistungen	154
2 Abgrenzung zu anderen Leistungen, insbesondere zu Überbrückungs- bzw. Übergangsgeld	161
3 Leistungsformen	162
3.1 Rentenleistungen	162
3.2 Kapitalleistungen	163
3.3 Sach- und Nutzungsleistungen	164

	Seite
4 Leistung aus Anlass des Arbeitsverhältnisses (Kausalität)	164
5 Erteilung einer Versorgungszusage	165
6 Entstehen und Fälligkeit von Ansprüchen auf Leistungen der betrieblichen Altersversorgung	166
6.1 Wartezeit	166
6.2 Vorschaltzeiten	168
6.3 Mindesteintrittsalter/Höchsteintrittsalter	169
6.4 Eintritt des Versorgungsfalls	171
7 Verjährung von Ansprüchen auf Leistungen der betrieblichen Altersversorgung	171
7.1 Verjährung des Rentenstammrechts und anderer Rechte	172
7.2 Verjährung von Ansprüchen auf wiederkehrende Leistungen	172
8 Persönlicher Anwendungsbereich des BetrAVG	173
8.1 Arbeitnehmerbegriff	173
8.2 Anwendbarkeit des BetrAVG auf Organmitglieder von Kapitalgesellschaften	174
8.3 Folgen einer Nichtanwendbarkeit des BetrAVG	177
9 Abdingbarkeit des BetrAVG	177

Kapitel VIII
Anwartschaft
(Kay Uwe Erdmann)

1 Begriff	179
2 (Un-)Verfallbarkeit von Versorgungsanwartschaften	180
2.1 Richterrechtliche Entwicklung der Unverfallbarkeit und Kodifizierung	180
2.2 Unverfallbarkeit nach § 1b BetrAVG als zwingendes Recht	181
3 Unverfallbarkeitsfristen	182
3.1 Arbeitgeberfinanzierte Versorgungszusagen, die keine reinen Beitragszusagen sind	183
3.2 Reine Beitragszusagen	184
3.3 Entgeltumwandlungszusagen	185
4 Höhe der unverfallbaren Anwartschaft	186
4.1 Direktzusage	186
4.2 Direktversicherung	189
4.3 Pensionskasse	191
4.4 Pensionsfonds	192
4.5 Unterstützungskasse	193
4.6 Reine Beitragszusage	193

Kapitel IX
Auslegung von Versorgungszusagen
(Prof. Gregor Thüsing, Dr. Luca Rawe)

	Seite
1 Die Auslegung als Kernfrage von betriebsrentenrechtlichen Streitigkeiten	194
2 Auflösung von Unklarheiten und Lücken	196
2.1 Auslegung von individualrechtlich begründeten Versorgungszusagen	197
2.2 Auslegung von kollektivrechtlich begründeten Versorgungswerken	208
3 Auslegung von extern durchgeführten Versorgungszusagen	216
3.1 Methodische Trennung im Rahmen der mittelbaren Durchführung	216
3.2 Sonderfall: Sog. „Escapeklausel“ des § 16 Abs. 3 Nr. 2 BetrAVG	217

Kapitel X
Anpassung laufender Versorgungsleistungen
(Andreas Hofelich/Mario Brungs)

1 Grundsätze und Systematik des § 16 BetrAVG	223
2 Escape-Klauseln, § 16 Abs. 3 BetrAVG	226
2.1 Vertragliche Anpassungsgarantie, § 16 Abs. 3 Nr. 1 BetrAVG	226
2.2 Überlassung der Überschussbeteiligung bei Direktversicherungen und Pensionskassen, § 16 Abs. 3 Nr. 2 BetrAVG	227
2.3 Beitragszusagen mit Mindestleistung, § 16 Abs. 3 Nr. 3 BetrAVG	229
3 Belange der Versorgungsempfänger, § 16 Abs. 2 BetrAVG	229
3.1 Bereits erfolgter Inflationsausgleich, § 16 Abs. 2 Nr. 1 BetrAVG	230
3.2 Reallohnbezogene Obergrenze	232
4 Wirtschaftliche Lage des Unternehmens, § 16 Abs. 1 BetrAVG	232
4.1 Grundsätze des BAG zur Beurteilung der wirtschaftlichen Lage	233
4.2 Zukunftsbezogene Betrachtung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit	235
4.3 Berechnung der Eigenkapitalrentabilität	236
4.4 Prognose über die Finanzierbarkeit des Anpassungsbedarfs aus der zu erwartenden Eigenkapitalrendite	239
5 Nachholende und nachträgliche Anpassung	240
5.1 Nachholende Anpassung	240
5.2 Nachträgliche Anpassung	241
6 Informationsschreiben nach § 16 Abs. 4 BetrAVG	244
7 Verpflichtung zur Mindestanpassung bei Entgeltumwandlung und Eigenbeitragszusagen, § 16 Abs. 5 BetrAVG	245
8 Nichtbestehen einer Anpassungspflicht, § 16 Abs. 6 BetrAVG	245
9 Spezialthemen	246
9.1 Anpassungsprüfung bei reinen Betriebsrentner-/Abwicklungsgesellschaften	246
9.2 Betriebsrentenanpassung im Konzern	247
9.3 Betriebsrentenanpassung und betriebliche Übung	249
9.4 Mitbestimmungsrecht des Betriebsrates bei Anpassungsentscheidungen	250

Kapitel XI
Änderung und Beendigung von Versorgungszusagen
(Andreas Hofelich)

	Seite
1 Rechtsnatur des zur Änderung anstehenden Versorgungswerks	252
1.1 Allgemeine Grundsätze bei individualrechtlichen Versorgungszusagen	252
1.2 Allgemeine Grundsätze bei Betriebs- und Dienstvereinbarungen	259
1.3 Allgemeine Grundsätze bei Tarifverträgen	261
2 Reichweite eines ändernden Eingriffs und 3-Stufen-Theorie	262
2.1 Grundlagen der 3-Stufen-Theorie	262
2.2 Grenzen des beabsichtigten Eingriffs	263
3 Wechsel des Durchführungsweges	268
3.1 Erfordernis eines Wechselvorbehalts	268
3.2 Anspruch des Arbeitgebers auf Zustimmung	269
4 Abfindung von Versorgungsanwartschaften/-ansprüchen	271
4.1 Abfindungsverbot des § 3 BetrAVG	271
4.2 Abfindungsanspruch des Arbeitgebers nach § 3 Abs. 2 BetrAVG	273
4.3 Abfindungsanspruch des Arbeitnehmers nach § 3 Abs. 3 BetrAVG	275
4.4 Abfindung bei Insolvenz des Arbeitgebers, § 3 Abs. 4 BetrAVG	275
4.5 Abfindungshöhe, § 3 Abs. 5 BetrAVG	276
4.6 Besonderer Ausweis des Abfindungsbetrags, § 3 Abs. 6 BetrAVG	276
4.7 Folgen eines Verstoßes gegen § 3 BetrAVG	276
4.8 Betriebliche Mitbestimmungsrechte und diesbezügliche Folgen	276

Kapitel XII
Übertragbarkeit, § 4 BetrAVG
(Matthias Ginkel)

1 Normzweck, Systematik und Anwendungsbereich	280
2 Übertragungsverbot, § 4 Abs. 1 BetrAVG	281
3 Einvernehmliche Übertragung, § 4 Abs. 2 BetrAVG	282
3.1 Übernahme der Versorgungszusage, Nr. 1	283
3.2 Übertragung des Übertragungswertes, Nr. 2	284
4 Anspruch auf Übertragung, § 4 Abs. 3 BetrAVG	286
4.1 Anspruchsvoraussetzungen	286
4.2 Steuerliche Förderung	288
5 Übertragung bei Betriebseinstellung und Liquidation, § 4 Abs. 4 BetrAVG	289
6 Berechnung des Übertragungswertes, § 4 Abs. 5 BetrAVG	291
6.1 Barwert bei Direktzusage und Unterstützungskasse, § 4 Abs. 5 S. 1 BetrAVG	291
6.2 Kapitalwert bei Direktversicherung, Pensionskasse und Pensionsfonds, § 4 Abs. 5 S. 2 BetrAVG	292
7 Rechtsfolgen der Übertragung, § 4 Abs. 6 BetrAVG	294

Kapitel XIII
Share Deal, Betriebsübergang und Umwandlung
(Andreas Hofelich)

	Seite
1 Einleitung	296
2 Gesellschafterwechsel (Share Deal)	297
2.1 Allgemeine Grundsätze	297
2.2 Besonderheiten bei Direktzusagen	298
2.3 Besonderheiten bei mittelbaren Durchführungswegen	302
2.4 Besonderheiten bei Konzernbetriebsvereinbarungen	309
3 Betriebsübergang (Asset Deal) und Umwandlung	311
3.1 Anwendbarkeit des § 613a BGB	311
3.2 Eintritt in bestehende Versorgungszusagen der abgebenden Gesellschaft	311
3.3 Anwendbarkeit einer Versorgungsordnung des Erwerbers	320
3.4 Kollision unterschiedlicher Versorgungswerke	321
3.5 Folgen für den Durchführungsweg	323
3.6 Haftung des übertragenden Rechtsträgers	328
4 Unternehmensliquidation	333
5 Erwerb aus der Insolvenz	335
5.1 Grundsatz der Haftungsprivilegierung	335
5.2 Erwerb aus der Insolvenz und versicherungsförmige Durchführungswege	337
5.3 Erwerb aus der Insolvenz und Unterstützungskassenzusagen	338
5.4 Erwerb aus der Insolvenz und privatrechtlicher Insolvenzschutz	338
5.5 Änderung und Abfindung von Versorgungszusagen in der Insolvenz	341
6 Schuldbeitritt	343

Kapitel XIV
Diskriminierungsverbote
(Dr. Benjamin Heider)

1 Antidiskriminierungsrecht in der betrieblichen Altersversorgung	346
2 Zugangsvoraussetzungen zur betrieblichen Altersversorgung	347
2.1 Vorschaltzeiten	348
2.2 Wartezeiten/Höchst Eintrittsalter/Mindestaltersgrenze	350
2.3 Ehe-Klauseln	353
2.4 Höchstaltersgrenzen	364
2.5 Geschwister	366
2.6 Eingetragene Lebenspartnerschaft	366
2.7 Geschlechterdiskriminierung	367
2.8 Befristete Beschäftigung	367
2.9 Leiharbeit	369
2.10 Ausschluss Doppelversorgung/Vielehen	369
2.11 Getrenntlebensklausel/Scheidungsklausel	371

	Seite
3 Diskriminierungssachverhalte bei Berechnung der Betriebsrente	371
3.1 Mindestaltersgrenzen	371
3.2 Betriebszugehörigkeit – Begrenzung anrechenbarer Dienstjahre	373
3.3 Teilzeit	375
3.4 Gleichbehandlung von Arbeitern und Angestellten	378
3.5 Gleichbehandlung von Innen- und Außendienstmitarbeitern	379
3.6 Gleichberechtigung der Geschlechter	379
3.7 Begrenzung Gesamtversorgung	382

Kapitel XV
Auskunftsansprüche
(Volker Ars)

1 Gesetzliche Auskunftspflicht nach § 4a BetrAVG	383
1.1 Auskunftsansprüche Betriebsangehöriger	383
1.2 Auskunftsansprüche ausgeschiedener Arbeitnehmer bzw. Hinter- bliebener	385
1.3 Auskunftsansprüche in Bezug auf den Übertragungswert	385
1.4 Art, Form und Frist der Auskunft	386
1.5 Auskunftsansprüche gegenüber Versorgungseinrichtungen bei reinen Beitragszusagen	387
1.6 Folgen einer unrichtigen Auskunft	387
2 Weitere Auskunftspflichten des Arbeitgebers	388
3 Weitere Auskunftsrechte gegenüber dem Versorgungsträger	391
3.1 Auskunftsansprüche des Arbeitgebers	391
3.2 Auskunftsrechte des Versorgungsanwärters bzw. des Versorgungs- empfängers	392

Kapitel XVI
Das Recht der Mitbestimmung im Bereich der
betrieblichen Altersversorgung
(Kay-Uwe Erdmann)

1 Einführung	395
2 Grundlagen der Mitbestimmung nach dem Betriebsverfassungsgesetz . .	396
2.1 Verhältnis von § 87 Abs. 1 Nr. 8 und 10 BetrVG	397
2.2 Grenzen der Mitbestimmung nach § 87 Abs. 1 BetrVG	398
3 Die mitbestimmungsfreien Bereiche der betrieblichen	
Altersversorgung	401
3.1 Das „Ob“ der betrieblichen Altersversorgung	401
3.2 Begünstigter Arbeitnehmerkreis	401
3.3 Der Umfang der betrieblichen Altersversorgung	402
3.4 Der Durchführungsweg	402

	Seite
4 Die mitbestimmungspflichtigen Bereiche nach § 87 Abs. 1 Nr. 10 BetrVG	403
5 Die mitbestimmungspflichtigen Bereiche nach § 87 Abs. 1 Nr. 8 BetrVG	404
5.1 Rechtsform der Sozialeinrichtung	404
5.2 Ausgestaltung der Sozialeinrichtung	404
5.3 Verwaltung der Sozialeinrichtung	405
6 Mitbestimmungspflicht bei Änderung oder Ablösung der Versorgung	405
6.1 Änderungen der Versorgung	406
6.2 Ablösung der Versorgung	406
7 Ausübung der Mitbestimmung des Betriebsrats nach § 87 Abs. 1 Nr. 8 und Nr. 10 BetrVG	407
7.1 Initiativrecht	408
7.2 Informationsrecht	408
7.3 Recht auf Hinzuziehung Sachverständigen	409
7.4 Gestaltungsmöglichkeiten zur Wahrung des Mitbestimmungsrechts nach § 87 Abs. 1 Nr. 8 BetrVG	411
8 Folge von Verstößen gegen die Mitbestimmungspflicht	412
9 Freiwillige Betriebsverabredungen und Individualvereinbarungen	412

Kapitel XVII
Gesetzliche Insolvenzsicherung
(Michael Weth)

1 System der gesetzlichen Insolvenzsicherung	416
2 Umfang des Versicherungsschutzes (§ 7 BetrAVG)	418
2.1 Überblick	418
2.2 Voraussetzungen des Versicherungsanspruchs	419
3 Umfang des Versicherungsanspruchs (Abs. 1a, 3 und 4)	433
3.1 Versorgungsansprüche	434
3.2 Ausschluss des Versicherungsanspruchs (Abs. 5 und 6)	438
4 Übertragung der Leistungspflicht/Abfindung (§§ 8, 8a BetrAVG)	441
4.1 Übernahme der Leistungspflicht durch Lebensversicherer (§ 8 Abs. 1 BetrAVG)	441
4.2 Übertragung der Rückdeckungsversicherung auf den Versorgungsberechtigten (§ 8 Abs. 2 BetrAVG)	442
4.3 Übergangsvorschriften für Sicherungsfälle vor 2022 (§ 30 Abs. 4 BetrAVG)	444
4.4 Abfindungsrecht des PSV (§ 8a BetrAVG)	444
5 Mitteilungspflichten/Forderungs- und Vermögensübergang (§ 9 BetrAVG)	446
5.1 Mitteilungspflichten (Abs. 1)	446
5.2 Gesetzlicher Forderungsübergang (Abs. 2)	448

	Seite
5.3 Gesetzlicher Vermögensübergang (Abs. 3, 3a, 3b)	452
5.4 Stellung des PSV im Insolvenzverfahren (Abs. 4, 5)	455
6 Beitragspflicht und Beitragsbemessung (§ 10 BetrAVG)	456
6.1 Beitragspflicht (Abs. 1)	456
6.2 Gesamtbeitragsaufkommen (Abs. 2)	458
6.3 Beitragsbemessungsgrundlagen (Abs. 3)	461
6.4 Festlegung des Beitragssatzes/Höhe des Beitrags	469
6.5 Zwangsvollstreckung aus Beitragsbescheiden (Abs. 4)	470
7 Säumniszuschläge/Zinsen/Verjährung (§ 10a BetrAVG)	471
7.1 Säumniszuschläge (Abs. 1)	471
7.2 Verzugszinsen (Abs. 2)	472
7.3 Verzinsung von Beitragserstattungen (Abs. 3)	472
7.4 Verjährung von Beitragsansprüchen und Rückerstattungs- ansprüchen (Abs. 4)	472
8 Melde-, Auskunfts- und Mitteilungspflichten (§ 11 BetrAVG)	473
8.1 Erstmalige Mitteilungspflicht (Abs. 1 S. 1)	473
8.2 Allgemeine Auskunfts- und Unterlagenvorlagepflicht (Abs. 1 S. 2)	476
8.3 Periodische Mitteilungspflicht (Abs. 2)	477
8.4 Mitteilungspflichten des Insolvenzverwalters (Abs. 3)	479
8.5 Mitteilungs- und Auskunftspflicht des Arbeitgebers (Abs. 4, 5)	479
8.6 Mitteilungs- und Auskunftspflichten des sonstigen Trägers der Versorgung (Abs. 4, 5, 6a)	479
8.7 Auskunftspflichten der nach § 7 Berechtigten (Abs. 4)	480
8.8 Amtshilfe (Abs. 6, 8)	480
8.9 Sanktionen	481
9 Ordnungswidrigkeiten (§ 12 BetrAVG)	482
9.1 Verletzung der Mitteilungs-, Auskunfts-, Vorlage- oder Aufbewah- rungspflichten (Abs. 1)	482
9.2 Höhe der Geldbuße (Abs. 2)	484
9.3 Verfahren (Abs. 3)	485
10 Träger der Insolvenzsicherung (§ 14 BetrAVG)	485
10.1 Pensions-Sicherungs-Verein als Träger der Insolvenzsicherung (Abs. 1)	485
10.2 Ersatzweise: Kreditanstalt für Wiederaufbau (Abs. 3 und 4)	486
11 Verschwiegenheitspflicht (§ 15 BetrAVG)	487
11.1 Voraussetzungen (Satz 1)	487
11.2 Förmliche Verpflichtung (Satz 2)	488
11.3 Rechtsfolgen	488

Kapitel XVIII
Privatrechtliche Insolvenzsicherungsmaßnahmen
(Thomas Bader)

	Seite
1 Bedürfnis nach ergänzender Insolvenzsicherung – Lücken der gesetzlichen Insolvenzsicherung	489
1.1 Versorgungsrechte von Personen, die nicht in den Anwendungsbereich des BetrAVG fallen	490
1.2 Versorgungsrechte, die begrifflich keine betriebliche Altersversorgung darstellen	490
1.3 Anwartschaften, die dem Grunde nach nicht gesetzlich unverfallbar sind	491
1.4 Anwartschaftsteile, auf die sich die Unverfallbarkeit der Höhe nach nicht erstreckt	492
1.5 Versorgungsrechte, die die Sicherungshöchstgrenze überschreiten	492
1.6 Innerhalb von zwei Jahren vor Eintritt des Sicherungsfalles erteilte oder übertragene Zusagen	492
1.7 Rentenanpassung	493
2 Privatrechtliche Insolvenzsicherungsmaßnahmen im Überblick	493
3 Verpfändung von Rückdeckungsversicherungen	494
3.1 Grundlagen	494
3.2 Herstellung der Insolvenzsicherung	494
3.3 Schicksal in der Insolvenz	496
3.4 Mitbestimmung	500
4 Contractual Trust Arrangements	500
4.1 Grundlagen	500
4.2 Herstellung der Insolvenzsicherung	501
4.3 Typische Ausgestaltung der doppelseitigen Treuhand	502
4.4 Schicksal der doppelseitigen Treuhand in der Insolvenz	506
4.5 Verhältnis zur gesetzlichen Insolvenzsicherung	507
4.6 Mitbestimmung	508

Kapitel XIX
Betriebliche Altersversorgung in der Internen Revision
(Claudia Veh)

1 Einleitung	510
2 Thematische Einordnung	511
2.1 Betriebliche Altersversorgung	511
2.2 Interne Revision	513
3 Einflüsse auf die bAV in Unternehmen und potenzielle Risiken	514
3.1 Makroökonomische Faktoren	514
3.2 Entwicklungen im rechtlichen Umfeld	517
3.3 Bilanzielle und buchhalterische Erfassung	522

	Seite
3.4 Steuerliche und sozialabgabenrechtliche Behandlung der bAV	524
3.5 Zahlreiche Geschäftsvorfälle mit verschiedenen Schnittstellen	526
4 Die Interne Revision in der bAV	527
4.1 Erfassen des Status Quo	528
4.2 Gegenstand interner Revisionsprüfungen	532
4.3 Prüfung und Implementierung eines Risiko- und Finanzmanage- mentsystems	538
4.4 Der Prüfbericht	541
5 Fazit und Ausblick	541
 Stichwortverzeichnis	 543